

„Im Wolkenkuckucksheim“

Armutsforscher Christoph Butterwegge versteht die Faszination eines bedingungslosen Grundeinkommens, hat aber viele Einwände – Vortrag am Donnerstag in Heidelberg

Von Barbara Klauß

Heidelberg. Für sympathisch hält der Armutsforscher Christoph Butterwegge die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens: Dabei sollen alle Bürger jeden Monat einen bestimmten Betrag vom Staat erhalten – und zwar alle in derselben Höhe. Niemand muss beweisen, dass er bedürftig ist, es wird keine Bereitschaft zur Erwerbstätigkeit gefordert. Leistungen wie Hartz IV, Rente oder Kindergeld fallen dafür weg. Bei aller Sympathie ist Butterwegge, 67, der an der Universität zu Köln Politikwissenschaft gelehrt hat, gegen das Grundeinkommen, wie er im Gespräch mit der RNZ erklärt.

> **Herr Butterwegge, ist es nicht eine schöne Idee, dass jeder Mensch genug Geld bekommt, um gut leben zu können, ohne dass Bedingungen daran knüpft wären?**

Das hört sich zunächst einmal toll an: Die Idee, dass der Staat allen Menschen so viel Geld zahlt, dass sie ihr Existenzminimum sichern können und keine Existenzangst haben müssen, wirkt faszinierend. Nur: Je länger ich mich mit dem Grundeinkommen beschäftigt habe, desto mehr Einwände drängten sich mir auf.

> **Welche denn?**

Erstens läuft das Grundeinkommen auf eine Sozialpolitik nach dem Gießkannenprinzip hinaus. Wenn man über allen Menschen denselben Betrag ausschüttet – meistens werden 1000 Euro im Monat genannt –, geht dies an den unterschiedlichen Lebensbedingungen der Menschen vorbei. Wer reich ist, braucht das Geld nicht. Wer gesundheitlich beeinträchtigt ist, kommt hingegen mit 1000 Euro nicht weit. Erst recht nicht, wenn er in einer Stadt wie Heidelberg wohnt und eine hohe Miete zahlen muss. Deshalb ist das Grundeinkommen nicht gerecht.

> **Befürworter des Grundeinkommens argumentieren, dass Reiche es nur rechnerisch erhalten, weil sie mehr Steuern zahlen würden.**

Was jemand an Steuern zahlt, hat mit der Idee des Grundeinkommens erst einmal nichts zu tun. Das ist die Art, wie es finanziert werden soll. Und dazu gibt es ganz unterschiedliche Modelle: Götz Werner, der Gründer der „dm“-Drogeriemarktkette, will das Grundeinkommen über eine drastisch erhöhte Mehrwertsteuer von 50 bis 100 Prozent finanzieren. Das trifft alle, die in den Läden gehen und einkaufen – besonders kinderreiche Familien von Geringverdienern. Sie würden genauso herangezogen wie Vermögende. Linke Befürworter verlangen höhere Steuern für Spitzenverdiener und Vermögende. Aber die können sie jetzt schon nicht durchsetzen.



Bei einer Demo in Berlin sind Bilder angebracht, die Kapitalismus, Kommunismus und das Grundeinkommens gegenüberstellen. Fotos: dpa

> **Richard David Precht schlägt eine Finanztransaktionssteuer vor.**

Precht will 1500 Euro Grundeinkommen im Monat zahlen. Dafür bräuchte man 1,5 Billionen Euro im Jahr, jedenfalls dann, wenn Kinder nicht leer ausgehen sollen. Precht möchte Finanztransaktionen mit einer relativ geringen Steuer belegen. Ich halte das für sinnvoll, schon um Spekulationsgeschäfte zu unterbinden. Nur würde das nach Berechnungen des Bundesfinanzministeriums kaum mehr als 17 Milliarden Euro im Jahr einbringen. Abgesehen davon war eine solche Steuer auf europäischer Ebene bislang nicht durchsetzbar. Ich halte es für völlig illusorisch, damit ein Grundeinkommen von 1500 Euro monatlich zu refinanzieren. Viele, die das Grundeinkommen vertreten, enden politisch und ökonomisch im Wolkenkuckucksheim.

> **Allerdings könnte durch das Grundeinkommen viel Bürokratie abgebaut und so auch Kosten gespart werden.**

Das ist richtig. Aber weniger Bürokratie gibt es nur, wenn man den Sozialstaat beseitigt oder stark beschneidet. Die Bürokratie resultiert ja aus dem Bemühen, Bedarfsgerechtigkeit zu schaffen. Wenn ich den Menschen in einer Landkommune in Mecklenburg-Vorpommern anders behandle als einen Münchner, der eine teure Wohnung mieten muss, dann bedarf es bestimmter Formulare und Kontrollen. Alles andere führt nun mal zu Ungerechtigkeit. Ungerecht ist das Grundeinkommen auch in anderer Hinsicht: So ändert es an den Verteilungs-

verhältnissen nichts. Der Milliardär bleibt Milliardär, der bisherige Hartz-IV-Empfänger wird Grundeinkommensempfänger und hat nur dann mehr als heute, wenn er auf dem Land lebt. Denn das Jobcenter zahlt neben dem Regelbedarf von 416 Euro ja auch Miet- und Heizkosten, was mit Einführung des Grundeinkommens entfallen würde. Außerdem spielt die Leistungsgerechtigkeit, die vie-

len in unserer Gesellschaft wichtig ist, keine Rolle: Ob jemand viel leistet oder auf der faulen Haut liegt, ist egal.

> **Es gibt aber auch sehr viele Menschen, die etwas leisten, ohne bezahlt zu werden: in der Erziehung, in der Pflege, im Ehrenamt, in der Kultur. Das ist doch auch nicht gerecht. Wäre das Grundeinkommen nicht eine Möglichkeit, diese Arbeit wertzuschätzen?**

Ich sehe nicht, wo die Wertschätzung sein soll, wenn jeder 1000 Euro bekommt. Das Grundeinkommen ist ja unabhängig davon, was jemand macht. Wenn der Mensch ehrenamtlich oder karitativ arbeitet oder einen Angehörigen pflegt, dann wird er mit dem Grundeinkommen nicht dafür entlohnt, sondern seine Existenz nur auf einem niedrigen Niveau gesichert.

> **Aber es könnte Menschen Freiräume eröffnen: Nehmen wir jemanden, der als Künstler arbeitet, aber Pakete ausfahren muss, um sein Leben zu finanzieren. Wäre demjenigen nicht geholfen?**

1000 Euro im Monat befreien einen doch nicht von dem Zwang, Erwerbsarbeit zu leisten. Zumindest besteht ein indirekter Erwerbsarbeitszwang fort, weil man davon nicht gut leben kann und die Preise vermutlich deutlich anziehen würden, wenn jeder 1000 Euro erhielte.

> **Es gibt mit Sicherheit Leute, die von ähnlichen Beträgen leben – aber dafür schlecht bezahlte Jobs machen müssen, statt sich anderem widmen zu können ...**

Das ist aber keine gesellschaftlich relevante Gruppe. Befürworter des Grundeinkommens sind größtenteils junge Hipster, Start-up-Unternehmer und städtische Kreative, die sich lieber selbst verwirklichen wollen, als Lohnarbeit zu verrichten. Gehen Sie mal zum Daimler in Mannheim und fragen die Facharbeiter, was die dazu sagen!

> **Und was sagen sie?**

Die sagen: „Wieso sollen wir am Band den Rücken krumm machen und jemand anderes lebt auf unsere Kosten?“

> **Im Prinzip geht es um die Frage: Was ist gerecht?**

Ja, da prallen unterschiedliche Gerechtigkeitsverständnisse aufeinander, auch unterschiedliche Lebensmodelle. Aber ich empfinde das Grundeinkommen an dieser Stelle als Modell, das auf die Lebensbedürfnisse einer gesellschaftlichen Minderheit antwortet – und nicht auf die berechtigten Interessen der Mehrheit.

> **Gibt es Ihrer Meinung nach eine Verpflichtung der Gesellschaft gegenüber, etwas zu leisten?**

Ja, wer erwerbsfähig ist, wer gut ausgebildet und beruflich qualifiziert ist, der hat meiner Überzeugung nach die moralische Verpflichtung, selbst für sein Einkommen zu sorgen. Und nur der, der das nicht kann – sei es weil er gesundheitlich oder psychisch beeinträchtigt ist oder weil er auf dem Arbeitsmarkt wenig Chancen hat –, sollte vom Staat unterstützt werden. Das ist eine Scheidelinie zwischen Befürwortern und Kritikern des Grundeinkommens. Eine weitere ist die Frage: Sollte nach dem Bedarf gegangen werden oder nicht? Und da würde ich eher auf der Seite der Bedürftigen die Sozialleistungen erhöhen, statt alle gleich zu behandeln, obwohl sie nicht gleich sind.

> **Manche Befürworter malen ein apokalyptisches Bild von der Zukunft, in der der Sozialstaat nicht mehr funktionieren kann, weil durch die Digitalisierung massenhaft Arbeitsplätze verloren gehen. Sehen Sie das auch so?**

Nein, da wird manchmal ganz bewusst dramatisiert. Die Digitalisierung sorgt zwar genauso wie die Mechanisierung, die Motorisierung und die Elektrifizierung dafür, dass Arbeitsplätze wegfallen. Dafür werden aber viele neue an anderer Stelle entstehen, so wie das auch bei früheren technologischen Umbrüchen war. Ich befürchte nicht, dass der Gesellschaft die Arbeit ausgeht. Im Pflege- und Gesundheitsbereich, in Erziehung, Bildung und Kultur fehlen hierzulande Millionen Arbeitskräfte, wollten wir auch nur den heutigen Stand der skandinavischen Staaten bei der öffentlichen Daseinsvorsorge erreichen. Mit der Hysterie um die Digitalisierung wird Arbeitnehmern unnötig Angst gemacht.

HINTERGRUND

> **Prof. Dr. Christoph Butterwegge** lehrte bis 2016 Politikwissenschaft an der Universität zu Köln. Gerade ist das von ihm zusammen mit Kuno Rinke herausgegebene Buch „Grundeinkommen kontrovers. Plädoyers für und gegen ein neues Sozialmodell“ im Verlag Beltz Juventa (Weinheim/Basel) erschienen.



Christoph Butterwegge

Am Donnerstag, dem 18. Oktober, referiert Butterwegge um 18 Uhr im Rahmen einer Veranstaltung des Heidelberger Bündnisses gegen Armut und Ausgrenzung in der Providenzkirche (Hauptstraße 90a, Heidelberg) zum Thema „Das bedingungslose Grundeinkommen – ein Mittel gegen Armut und soziale Ausgrenzung?“